



Die digitale, vernetzte Gesellschaft: Politik im Zeitalter der Digitalisierung

1 KI in der Politik 2040 – Suchst du noch oder wählst du schon?

„Digitalisierung [ist eine] Realität, der man sich stellen muss.“ (Stalder 2016; zitiert nach Hidalgo 2020, S. 94) In vielen Bereichen hat der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) unser Leben verändert. Zum einen wurde es bereichert und vereinfacht, zum anderen hat der Einsatz eine kritische Hinterfragung und Auseinandersetzung mit wichtigen ethischen Aspekten notwendig gemacht. Außerdem dürfen die Gefahren und Herausforderungen, die diese Technologie mit sich bringt, durch die Chancen, die genutzt werden, nicht aus den Augen verloren werden und müssen ständig neu bewertet werden.

Heutzutage, im Jahr 2040, ist die KI auch aus dem politischen Bereich nicht mehr wegzudenken. Durch ihren Einsatz eröffnen sich neue Möglichkeiten in unterschiedlichsten Bereichen der Politik. Beispielsweise können Vorhersagen über Katastrophen nun besser getroffen werden, was das Katastrophenmanagement von Staaten deutlich verbessert und auf Notsituationen vorbereitet hat oder Entscheidungen können durch das Auswerten und Verknüpfen von Millionen Informationen fundierter und schneller getroffen werden (Lucke und Etscheid 2020; Susar und Aquaro 2019).

Auch der Prozess der politischen Willensbildung hat sich sehr stark gewandelt. Schauen wir uns dies einmal genauer an. Der Einsatz von KI unterstützt BürgerInnen heutzutage beim Treffen einer Wahlentscheidung. Durch das Auswerten und Aufbereiten von Informationen ist es Wahlberechtigten möglich, eine fundierte, individuell passende Entscheidung treffen zu können, die die tatsächlichen Interessen vertritt. Die Möglichkeit der Auswertung einer unüberschaubaren Menge an Informationen durch den Einsatz von KI hat die Politik außerdem transparenter für die Bürgerschaft gemacht. Sämtliche Stimmberechtigte können sich nun ohne viel Aufwand besonders gut und tief informieren und machen somit wieder vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch, die Regeln unseres Zusammenlebens, durch eine Beteiligung an einer Wahl, mitzugestalten.

„Wahlen sind das Herz der Demokratie.“ (Korte und Dinter 2016) Sie legitimieren eine Regierung und drücken den Willen und die Meinung der Wählerschaft aus. Umso wichtiger ist es, dass BürgerInnen zur Wahl gehen und dort ihre Meinung kundtun. Eine Wahlentscheidung wird dabei durch unterschiedliche Faktoren im Vorhinein einer Wahl beeinflusst. Einflussfaktoren wie die Parteiidentifikation, die Einstellungen zu politischen Sachfragen und die Einstellung zu Kandidierenden sind Aspekte, die die politische Meinungsbildung formen (Prinzen 2010). Außerdem ist das Vorgehen und Verhalten von Parteien in der aktuellen Legislaturperiode ein großer Einflussfaktor. Die Entscheidungsfindung fällt den Wahlberechtigten dabei jedoch nicht immer leicht, denn es existieren unzählige Informationen, die unter anderem über das Internet, Nachrichtendienste oder Zeitungen auf BürgerInnen einströmen, die als Mensch gar nicht mehr verarbeitet werden können. Der Überblick der genauen Position jeder Partei zu den unterschiedlichen politischen Themen geht schnell verloren. Wie entscheidet man sich unter diesen Bedingungen denn nur für eine Partei oder einen Kandidierenden?

Bereits in den 2000er und 2010er Jahren kam deshalb der Wunsch einer Entscheidungshilfe auf, die Informationen bündelt und somit bei der Findung einer Wahlentscheidung unterstützt. Dies spiegelte sich in den steigenden Nutzerzahlen des damaligen Angebots, des Wahl-O-Mats, wider (Bundeszentrale für politische Bildung 2019). Allerdings stellte der Wahl-O-Mat nur eine begrenzte Breite an Informationen zur Verfügung, da die Themengebiete im Vorhinein mit Jung- und Erstwählenden in Form eines Fragenkatalogs ausgearbeitet und dieser schließlich von den zur Wahl stehenden Parteien beantwortet wurde (WELT 2020). Somit waren die Themengebiete und Informationen auf die aktuellen Probleme und interessantesten Aspekte beschränkt. Diese Themen dominierten zwar die Nachrichten, hatten mitunter jedoch nur geringe Auswirkungen auf das Leben der großen Mehrheit der BürgerInnen. Andere Themen, die starke Auswirkungen auf das tägliche

Leben der Menschen hatten, blieben oft hinter der Flut an Informationen verborgen oder konnten nur durch intensive Beschäftigung mit dem Thema erlangt werden. Dennoch konnte schon zu diesem Zeitpunkt nachgewiesen werden, dass BürgerInnen, die sich mit so einem Wahlberatungstool auseinandersetzten über mehr Informationen verfügten und es einen positiven Einfluss auf die politische Willensbildung der NutzerInnen hatte (Schultze 2014; Israel 2016). Deshalb übernimmt heutzutage eine KI auf freiwilliger, kostenloser Basis die Auswertung und Aufbereitung der unzähligen Informationen für Wahlberechtigte und unterstützt diese bei der Entscheidungsfindung, sodass sie sich nicht selbst mühevoll Informationen beschaffen und diese auswerten müssen.

Die Sammlung und Aufbereitung von Informationen erfolgen aufgrund der Präferenzen der NutzerInnen, was eine Weiterentwicklung der KI-basierten Mustererkennung ist (Lucke und Etscheid 2020). Die KI wertet dazu beispielsweise soziale Netzwerke, persönliche Interessen, die berufliche und monetäre Situation oder auch Gesundheitsdaten aus. Hierbei kann die nutzende Person einschränken, welche Informationen von der KI ausgewertet und welche vorzugsweise persönlich gehalten werden sollen. Je umfangreicher die Informationen sind, die die KI auswerten kann und darf, desto präziser wird das Ergebnis ausfallen, das die KI der nutzenden Person zur Verfügung stellt.

Weiterhin werden Informationen aus allen öffentlich zugänglichen Quellen gesammelt und aufbereitet. Die KI ist dabei sehr viel schneller als der Mensch und kann Unmengen von Informationen auswerten und auch verknüpfen, da Beziehungen erkannt werden, die bisher nicht bekannt waren oder beachtet wurden (Morey et al. 2015; Lucke und Etscheid 2020). So werden beispielsweise auch Auswertungen von der KI vorgenommen, wie Parteien in der aktuellen Legislaturperiode ihre Wahlversprechen einhalten oder wie sich Oppositionsparteien verhalten. Dies führt weiterhin zu einer transparenteren Politik sowie zu einer stärkeren Rechenschaftspflicht von PolitikerInnen, da ihr politisches Verhalten vor der nächsten Wahl von der KI ausgewertet wird.

Letztendlich bekommt die nutzende Person somit Informationen, die für sie oder ihn interessant und relevant sind und kann sich breiter und tiefer informieren, ohne zu viel Zeit in die Informationssuche investieren zu müssen. Die letztendliche Wahlentscheidung wird allerdings vom Bürger, von der Bürgerin immer selbst getroffen. Die KI nimmt eine unterstützende Rolle ein und gibt eine Empfehlung ab beziehungsweise stellt relevante und richtige Informationen bereit, sodass Wahlberechtigte ihre Wahlentscheidung selbst treffen können. Durch diese aggregierte Informationsbereitstellung ist es dem Wähler, der Wählerin möglich eine freiere und fundierte Entscheidung zu treffen, die ohne technologische Unterstützung so nicht möglich wäre. Somit ist die Bürgerschaft informierter als je zuvor in der heutigen Flut an Informationen.

2 Betrachtung ethischer Aspekte und Analyse möglicher Gefahren

Der Einsatz von KI bringt allerdings nicht nur Chancen, sondern birgt auch Herausforderungen und Gefahren, die analysiert und abgewogen werden müssen.

Ein kontroverser ethischer Aspekt, der vor der Einführung der KI zur Unterstützung der Wahlentscheidung diskutiert wurde, war das Treffen von freien, eigenen Entscheidungen. Wenn Informationen von der KI aufbereitet und BürgerInnen nur individuell zugeschnittene Informationen zugespielt bekommen, inwieweit kann die Entscheidung, die Wahlberechtigte aufgrund dieser Informationen treffen, noch als eigene eingestuft werden? Laut dem BGB Artikel 38 Absatz 1 wird in Deutschland allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim gewählt. Es ist somit elementar, dass die freie Entscheidung von Staatsangehörigen stets im Vordergrund steht, sodass sich diese aufgrund persönlicher Interessen festlegen können. Auch die Entscheidung gegen die Nutzung der angebotenen Informationsaufbereitung steht für diese Freiheit. Es gibt BürgerInnen, die ihre persönlichen

Informationen für eine Auswertung nicht zur Verfügung stellen möchten oder der Aufbereitung durch eine KI nicht vertrauen und ihre Entscheidung unabhängig von einem solchen Angebot treffen möchten. Deutsche Staatsangehörige müssen in der Lage sein, den Ablauf einer Wahl ohne technisches Wissen nachempfinden zu können, wie das BVerfG 2009 geurteilt hat (BVerfG, Urteil vom 03.03.2009). Somit darf auch keine digitale Anwendung zur politischen Meinungsbildung verpflichtend eingeführt werden. Es dürfen keine Nachteile für diejenigen entstehen, die solch ein Angebot nicht nutzen möchten oder können. Deshalb liegt die Entscheidung für oder gegen die Nutzung des Angebots und die letztendliche Wahlentscheidung immer beim Bürger, bei der Bürgerin selbst. Die KI nimmt lediglich eine beratende Rolle ein und bereitet Vorschläge auf, denen der Bürger, die Bürgerin folgen kann oder nicht. Schlussendlich stehen also das menschliche Handeln und die menschliche Aufsicht im Vordergrund (Europäische Kommission 2020). Diese haben Vorrang vor allen technischen Möglichkeiten, die es heutzutage gibt, wie beispielsweise einer automatisierten Wahlentscheidung einer KI für Wahlberechtigte.

Die Freigabe von persönlichen Informationen führt weiterhin zu einem Wertekonflikt zwischen Personalisierung und Privatsphäre. Je detaillierter und umfangreicher die Informationen sind, die die KI auswerten kann, desto genauer sind die Informationen und Empfehlungen, die bereitgestellt werden. Allerdings geht die Preisgabe von persönlichen Informationen auf Kosten der Privatsphäre. Es muss gewährleistet sein, dass persönliche Informationen geheim gehalten werden und Dritte keinen Zugriff auf Informationen wie zum Beispiel politische Präferenzen haben. Außerdem ist es besonders wichtig, dass auch keine Wahlinformationen durch Dritte abgegriffen werden können, da der Wahlrechtsgrundsatz der geheimen Wahl sichergestellt werden muss. Das bedeutet, es ist zwingend notwendig, dass die Ergebnisse des Angebots lediglich vom Nutzer selbst eingesehen werden können, da sonst eine eventuelle Rekonstruktion der Wahlentscheidung vorgenommen werden könnte und die geheime Wahl somit nicht mehr gewährleistet wäre. Somit muss auch garantiert werden, dass die Informationen und Daten der nutzenden Person sicher gespeichert werden.

Eine weitere Gefahr die aufgrund der persönlichen, interessenbasierten Auswertung von Informationen entstehen kann ist die sogenannte Filterblase. Man bekommt nur Informationen, die in das eigene Weltbild beziehungsweise die eigene Meinung passen und diese bestätigen. Dadurch geht der Blick nach links und rechts verloren. Man befindet sich quasi in einem Tunnel, der nur eine bestimmte Richtung zulässt und eine freie Debattenkultur, in der man Konflikte löst, indem man auch Kompromisse eingeht könnte verloren gehen. Deshalb muss auch beachtet werden, dass die KI differenzierte, richtige Informationen bereitstellt. Auch Gegenpositionen aufzeigt und Meinungen als ebendiese kennzeichnet aber dennoch zulässt. So bekommen Wahlberechtigte eine 360°-Sicht mit der eine optimale individuelle Entscheidung getroffen werden kann.

Weiterhin entstehen beim Einsatz von KI in der Politik auch Interessenskonflikte. In politischen Systemen, und somit auch bei Wahlen, gibt es unterschiedliche Gruppen, die unterschiedliche Interessen verfolgen. Es gibt politische Organisationen wie Parteien, Verbände und staatliche Organisationen. Weiterhin gibt es Medienorganisationen wie Agenturen oder Online-Anbieter. Es gibt Unternehmen, die ihre Interessen verfolgen und es gibt natürlich die Bürgerschaft (Vowe und Dohle 2007). Bei unterschiedlichen Interessen, die unterschiedlich verfolgt werden besteht die Gefahr, dass der Versuch der Beeinflussung bei Wahlen vorgenommen wird. Bereits im Jahr 2018 zeigte sich durch die Einflussnahme der Firma Cambridge Analytica auf den US-Wahlkampf die Gefahr der Manipulation durch die Auswertung von Nutzerdaten in sozialen Netzwerken. Durch das Erlangen und Auswerten von Daten einer großen Anzahl an Facebook-Nutzenden, wurden diese mit gezielten Statements und teilweise falschen Informationen, sogenannten „Fake News“, in ihrer Entscheidung beeinflusst und in eine bestimmte Richtung gelenkt beziehungsweise zur Entscheidung

für einen bestimmten Kandidierenden manipuliert (Cadwalladr 2019; Confessore 2018). Diese negative Beeinflussung geschah ohne das Wissen der Betroffenen und muss unbedingt verhindert werden.

3 Vorgenommene Schritte zur Erreichung des Best Case

Aufgrund dieser Thematiken stand unter anderem die freiwillige Nutzung des Angebots im Vordergrund. Es musste weiterhin von PolitikerInnen, Einrichtungen für politische Bildung und auch Medien kommuniziert werden, dass die Nutzung des Angebots völlig freiwillig erfolgt. Außerdem musste glaubhaft vermittelt werden, dass das Angebot in keiner Weise versucht die eigene politische Meinungsbildung negativ zu beeinflussen. Es soll lediglich unterstützend eingesetzt werden.

Die besondere Gefahr der Verbreitung von Fake News, wie es der Fall aus dem Jahr 2018 gezeigt hat, musste ebenfalls abgewogen werden. Eine erste Entscheidung, die aufgrund dieser Gefahr getroffen wurde, war, dass sich die KI in öffentlicher Hand befinden muss, um Missbrauch vorzubeugen und Einflussnahme und mögliche Manipulation von Unternehmen zu mindern. Da trotzdem die Innovation gefördert werden und ein bestmögliches Angebot entwickelt werden sollte, wurde dennoch mit Unternehmen zusammengearbeitet und eine Partnerschaft aufgebaut, um eine erfolgreiche Entwicklung zu gewährleisten und vorhandene Ressourcen zu nutzen (Susar und Aquaro 2019).

Weiterhin standen die Transparenz der Funktionsweise und die Sicherstellung der Verwendung geprüfter Informationen im Vordergrund, um die negative Beeinflussung der Wahlberechtigten durch falsche Informationen zu verringern. Die Verbreitung von Fake News wurde durch die Technologie selbst minimiert. Schließlich kann die KI eine große Menge an Informationen verarbeiten und vergleichen und so die Wahrscheinlichkeit der Verwendung von falschen Informationen reduzieren (Lucke und Etscheid 2020). Außerdem können der KI verschiedene Kriterien mitgegeben werden, anhand derer sie die Quellen überprüft (Zweig et al. 2017). Zusätzlich kennzeichnet die KI welche Informationen faktenbasiert und welche meinungsbasiert sind, um BürgerInnen differenziert zu informieren (Zoglauer 2020). Weiterhin unterstützt die KI keine radikalen Meinungen. Sie bewegt sich innerhalb fester Grenzen, die von einer zweidrittel Mehrheit des Bundestages festgelegt werden. Was gute Politik ist, ist aufgrund der großen Individualität, die mit der Digitalisierungswelle und dem Einsatz von KI einherging, nicht eindeutig zu definieren, da es für jeden etwas anderes bedeuten kann. Deshalb wurde konsolidiert, was von einer Mehrheit als gut erachtet wird und umgesetzt werden kann.

Über die Funktionsweise der KI wurde bei der nutzenden Person aktiv ein Verständnis geschaffen, sodass Transparenz gewährleistet werden kann. Mit hoher Transparenz wird das Vertrauen in die Technologie und in die aufbereiteten Vorschläge der KI gesteigert, sodass sich BürgerInnen sicher sein können: die getroffene Entscheidung ist fundiert und wurde aufgrund richtiger Informationen getroffen. Hierzu gibt es auf öffentlichen Seiten von Bund und Ländern unter anderem Videos, die erklären wie die Technologie funktioniert und Verständnis schaffen. Außerdem wird vor der Verwendung des Angebots erklärt, wie es funktioniert, was von NutzerInnen per Bestätigung zur Kenntnis genommen werden muss.

Ein weiterer besonders wichtiger Aspekt bei der Entwicklung und letztendlich auch bei der Nutzung des Angebots waren der Datenschutz und die Privatsphäre. Für ein möglichst genaues Ergebnis müssen viele Informationen der nutzenden Person preisgegeben werden. Hier wurde entschieden, dass die nutzende Person unter anderem selbst wählen kann, welche Informationen für die Auswertung preisgegeben werden möchten und zur Verfügung gestellt werden. Außerdem werden die

Daten und individuellen Auswertungen und Empfehlungen nach jeder Wahl verworfen und nicht aufbewahrt. Bei jeder neuen Wahl kann der Nutzer, die Nutzerin wieder selbst entscheiden, welche Daten zur Auswertung freigegeben werden. Die bestehenden Datenschutzregelungen werden eingehalten und kontrolliert.

Letztendlich ist noch festzustellen, dass das Vertrauen der Bürgerschaft in den Staat bei der Nutzung eines solchen Angebotes auch immer gegeben sein muss. Exekutive, Judikative und Legislative müssen sich gegenseitig kontrollieren, sonst kann dieses Angebot nicht funktionieren. Es wird stetig an der Weiterentwicklung und Verbesserung des Angebots gearbeitet, um den BürgerInnen ein Werkzeug zu bieten, dass die Wahlbeteiligung weiter steigert und die Wahlberechtigten bei der Entscheidungsfindung optimal unterstützt, sodass die politische Zufriedenheit steigt und die Interessen der Bürgerschaft bestmöglich verfolgt werden.

„Digitalisierung [ist eine] Realität, der man sich stellen muss.“ (Stalder 2016; zitiert nach Hidalgo 2020, S. 94) Sie bringt Chancen und Herausforderungen mit sich. KI wird eingesetzt, um den Menschen zu unterstützen, schlussendlich bleibt jedoch immer der Mensch souverän gegenüber der KI und trifft Entscheidungen frei und unabhängig.

4 Quellen

Bundeszentrale für politische Bildung (2019): Wahl-O-Mat Archiv | bpb. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 25.09.2019. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/45484/archiv>, zuletzt geprüft am 23.06.2020.

BVerfG, Urteil vom 03.03.2009. In: *BVerfGE* 123, 39 - 88.

Cadwalladr, Carole (2019): Cambridge Analytica a year on: ‘a lesson in institutional failure’. In: *The Guardian*, 17.03.2019. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/uk-news/2019/mar/17/cambridge-analytica-year-on-lesson-in-institutional-failure-christopher-wylie>, zuletzt geprüft am 23.06.2020.

Confessore, Nicholas (2018): Cambridge Analytica and Facebook: The Scandal and the Fallout So Far. In: *The New York Times*, 04.04.2018. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2018/04/04/us/politics/cambridge-analytica-scandal-fallout.html>, zuletzt geprüft am 23.06.2020.

Europäische Kommission (2020): Zur Künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen. Hg. v. Europäische Kommission. Europäische Kommission. Brüssel. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/commission-white-paper-artificial-intelligence-feb2020_de.pdf, zuletzt geprüft am 23.06.2020.

Hidalgo, Oliver (2020): Digitalisierung, Internet und Demokratie – Theoretische und politische Verarbeitungen eines ambivalenten Feldes. In: *Neue Polit. Lit.* 65 (1), S. 77–106. DOI: 10.1007/s42520-019-00201-5.

Israel, Jonas (2016): Der Einsatz des Wahl-O-Mat in der politischen Bildung. In: *Politisches Lernen - DVPB* 1-2. Online verfügbar unter https://dvpb-nw.de/wp-content/uploads/2018/09/Hft_100S_A4_280617_WEB_05.pdf, zuletzt geprüft am 23.06.2020.

Korte, Karl-Rudolf; Dinter, Jan (2016): Stichwort Wahlen. Grundpfeiler der Demokratie. Hg. v. Deutscher Bundestag. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/20210500.pdf>, zuletzt geprüft am 23.06.2020.

- Lucke, Jörn von; Etscheid, Jan (2020): Künstliche Intelligenz im öffentlichen Sektor. In: *HMD* 57 (1), S. 60–76. DOI: 10.1365/s40702-019-00579-6.
- Morey, Timothy; Forbath, Theodore; Schoop, Allison (2015): Customer Data: Designing for Transparency and Trust. In: *Harvard Business Review*, 2015. Online verfügbar unter <https://hbr.org/2015/05/customer-data-designing-for-transparency-and-trust>, zuletzt geprüft am 23.06.2020.
- Prinzen, Katrin (2010): Politische Kommunikation, Priming und Wahlverhalten. In: *Politische Vierteljahresschrift* 51 (3), S. 481–506. DOI: 10.1007/s11615-010-0027-7.
- Schultze, Martin (2014): Effects of Voting Advice Applications (VAAs) on Political Knowledge About Party Positions. In: *Policy & Internet* 6 (1), S. 46–68. DOI: 10.1002/1944-2866.POI352.
- Susar, Deniz; Aquaro, Vincenzo (2019): Artificial Intelligence: Opportunities and Challenges for the Public Sector. In: Soumaya Ben Dhaou, Lemuria Carter und Mark Gregory (Hg.): *Proceedings of the 12th International Conference on Theory and Practice of Electronic Governance - ICEGOV2019. the 12th International Conference. Melbourne, VIC, Australia, 4/3/2019 - 4/5/2019*. New York, New York, USA: ACM Press, S. 418–426.
- Vowe, Gerhard; Dohle, Marco (2007): Politische Kommunikation im Umbruch — neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 48 (2), S. 338–359. DOI: 10.1007/s11615-007-0050-5.
- WELT (2020): Wahl-O-Mat Hamburg 2020: Welche Partei passt zu mir? Jetzt testen. In: *WELT*, 23.02.2020. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article205245831/Wahl-O-Mat-Hamburg-2020-Welche-Partei-passt-zu-mir-Jetzt-testen.html>, zuletzt geprüft am 23.06.2020.
- Zoglauer, Thomas (2020): Wissen im Zeitalter von Google, Fake News und alternativen Fakten. In: Peter Klimczak, Christer Petersen und Samuel Schilling (Hg.): *Maschinen der Kommunikation. Interdisziplinäre Perspektiven auf Technik und Gesellschaft im digitalen Zeitalter* / Peter Klimczak, Christer Petersen, Samuel Schilling. 1. Aufl. 2020. Wiesbaden: Springer Vieweg (ars digitalis), S. 63–83.
- Zweig, Katharina A.; Deussen, Oliver; Krafft, Tobias D. (2017): Algorithmen und Meinungsbildung. In: *Informatik Spektrum* 40 (4), S. 318–326. DOI: 10.1007/s00287-017-1050-5.